

# Hauptstadt-Expedition BILDUNGSFAHRT FÜR FAMILIEN NACH BERLIN

## Impressum

Herausgeber und Verlag  
Familienbund der Katholiken  
in der Erzdiözese Freiburg  
Okenstraße 15 | 79108 Freiburg  
Tel. 0761 5144-203  
Fax 0761 5144-76203  
familienbund@seelsorgeamt-  
freiburg.de

Redaktion  
Dr. Lucia Gaschick  
ISSN 0945-2338

Gestaltung  
d.e.sign, Ettenheim

Bilder  
Familienbund Freiburg

Druck | Hofmann Druck,  
Emmendingen

Online verfügbar unter [www.familienbund-freiburg.de](http://www.familienbund-freiburg.de)

Macht Euch mit uns auf zu einer Expedition der besonderen Art, denn Berlin bietet für jedes Alter etwas: Hier wird Geschichte lebendig und auch für Kinder erfahrbar. Hier wird die große Politik greifbar. Hier trifft Großstadtfair auf wunderschöne Parks und Spielplätze. So ist für jede\*n etwas dabei: Für junge Forscher\*innen wie für erfahrene Weltenbummler, für Berlin-Neulinge wie für alte Hasen.

Auf unserem Programm stehen neben dem Erleben dieser quirligen Großstadt das Eintauchen in die neueste deutsche Geschichte, der Bundestag und die Begegnung mit einem\*einer Familienpolitiker\*in sowie ein Tag im Grünen.

Die Tage sind so gestaltet, dass unterschiedliche Bedürfnisse vorkommen können: Neben geplantem Programm gibt es Zeiten, in denen die Familien auf eigene Faust losziehen können. Es gibt gemeinsame Programmpunkte und Programmpunkte nur für die Erwachsenen, während denen die Kinder ein eigenes Programm haben. So ist für jede\*n etwas dabei.

Mindestalter der Kinder: 6 Jahre,  
Anmeldung auf [www.bksu.de](http://www.bksu.de)



Eine Veranstaltung des Familienbunds in  
Kooperation mit dem Bildungshaus Kloster St. Ulrich



19. bis 24. April 2022

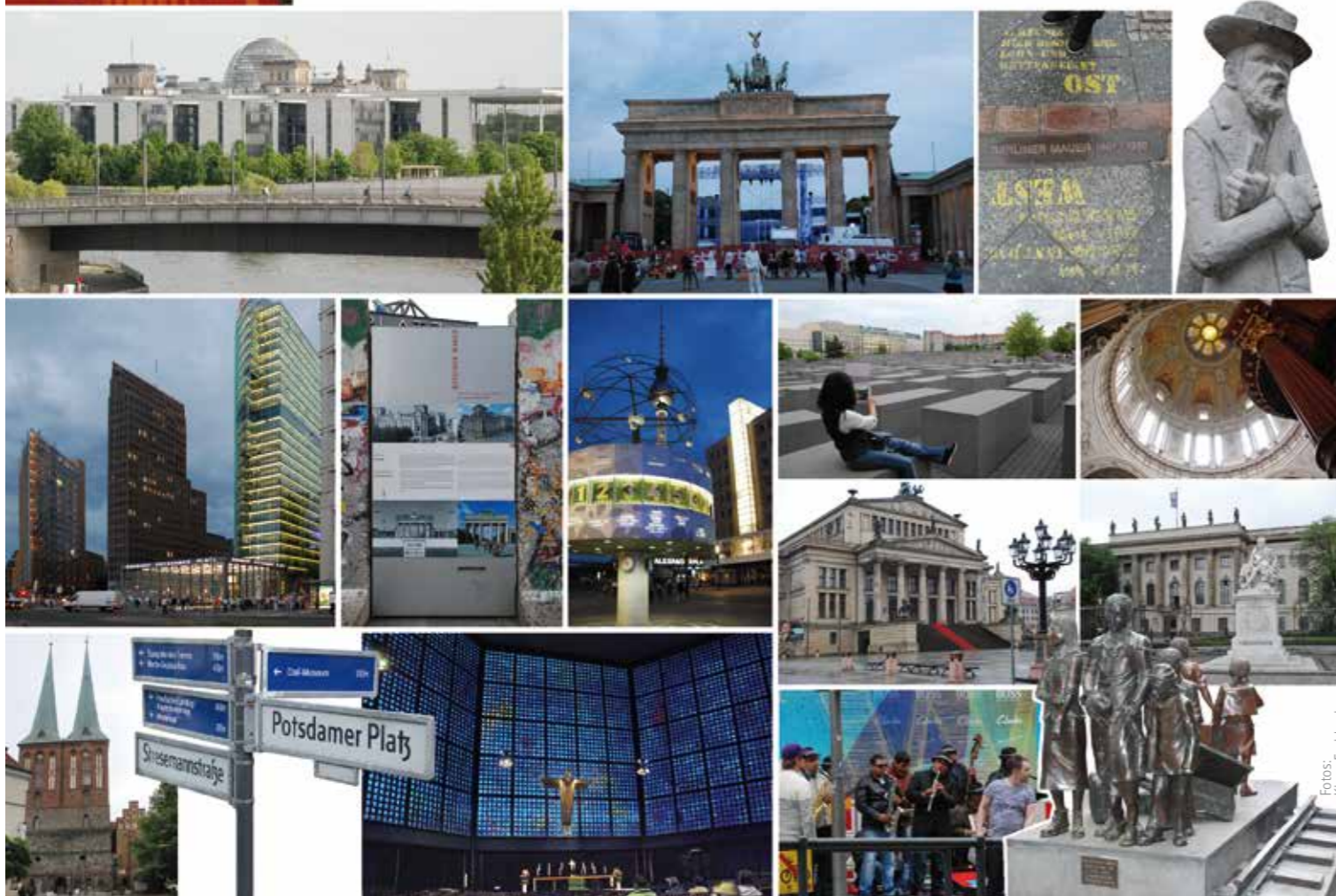
€ 750 pro Familie

Reduzierte Preise:

- € 450 Wohngeldberechtigte,
- € 375 Auszubildende/Studierende,
- € 225 Empfänger\*innen von ALG II

Leitung:

Daniel Dombrowsky, Dr. Lucia Gaschick



Fotos: Klaus Eschbach

# Forum Familie

INFORMATIONEN & MEINUNGEN

Nr. 78  
August 2021

**FAMILIENBUND**

der Katholiken in der  
Erzdiözese Freiburg

## Kinder und Familien in den Blick – jetzt!

Liebe Familien,  
liebe Interessierte an der Familienpolitik,

noch immer bewegt uns Corona. Im Mai dieses Jahres haben wir im Landesverband des Familienbunds eine Pressemitteilung unter dem Titel „Gebt den Kindern ihre Rechte zurück“ herausgegeben. Hier haben wir die Widersprüchlichkeit zwischen politischen Diskussionen um die Einführung der Kinderrechte ins Grundgesetz einerseits und den harten Corona-bedingten Eingriffen in die Grundrechte der Kinder andererseits aufgezeigt und kritisiert. Inzwischen hat sich, dank der gesunkenen Inzidenzzahlen, der Schul- und Kitabetrieb wieder etwas normalisiert.

Dennoch: Es ist Aufmerksamkeit geboten. Verfolgt man die verschiedenen Äußerungen aus Medizin, Politik und Wirtschaft, muss man auf Hab Acht sein. Die Erkenntnis, dass das Recht der Kinder auf Bildung und soziales Miteinander eng an offene Schulen, Bildungseinrichtungen und Vereine geknüpft ist, scheint sich noch nicht überall durchgesetzt zu haben. Dafür braucht es jetzt ein klares politisches Bekenntnis.

### ES BRAUCHT EIN KLARES POLITISCHES BEKENNTNIS FÜR OFFENE SCHULEN

Wir haben daher zum Schuljahresende in einem Brief an den Ministerpräsidenten und die Kultusministerin einen Katalog von notwendigen Maßnahmen und Forderungen gerichtet, hier abgedruckt auf S. 5.

In diesem Forum werfen wir zudem einen Blick über die Grenzen: Wie wird in Liechtenstein oder den Niederlanden im Schulwesen auf die Pandemie reagiert? Hierzu einen Bericht aus Holland und ein Interview mit einem Mitglied des Krisenstabes der liechtensteinischen Regierung.

Inzwischen haben wir in Baden-Württemberg eine neue Landesregierung und einen neuen Koalitionsvertrag, den unser Leitungsteam-Mitglied Tobias Weidemann durchgearbeitet und nach wichtigen familienpolitischen Aspekten durchsucht hat (S. 8f). Außerdem haben wir auf unsere Kandidat\*innen-

Briefaktion im Vorfeld der Landtagswahl und auf die Gratulationsschreiben zur Wahl in den Landtag einige Rückmeldungen und Gesprächsangebote erhalten. Noch vor den Sommerferien hatten wir ein erstes Gespräch zu den Themen Demokratie, Nachhaltigkeit, Schuldenberg nach Corona sowie unserem aktuellen Anliegen, Schulen auch in Pandemiezeiten offenzuhalten.

Und schließlich: Der neue Familienbund-Flyer ist fertig! Trotz Corona ist es uns gelungen, in etlichen Videokonferenzen ein neues, buntes Format zu entwickeln, das dem Familienbund hoffentlich viele neue Mitglieder beschert.

Ich wünsche Ihnen/Euch viel Spaß bei der Lektüre des nun vorliegenden Sommer-Forums.

Ihr  
Michael Hagedorn



**Michael Hagedorn**  
Sprecher des Leitungsteams  
Familienbund Freiburg



BLICK NACH NEBENAN

# ES GEHT AUCH ANDERS: Ein Blick über den Tellerrand nach Liechtenstein



**Dr. Lucia Gaschick**  
Geschäftsführerin des  
Familienbundes der Katholiken  
in der Erzdiözese Freiburg

Mittlerweile blicken wir auf mehr als ein Jahr Pandemie zurück. Überall haben wir ähnliche Erfahrungen mit dem Coronavirus und seinen Auswirkungen gemacht, und doch waren die nationalen Wege der Pandemiebekämpfung durchaus verschieden. Insbesondere das Thema Schul- und Kitaschließungen wurde sehr unterschiedlich gehandhabt. So kam es in Deutschland nach dem ersten Lockdown im Frühling 2020 im Winter 2020/21 erneut zu flächendeckenden Schul- und Kitaschließungen, die bis nach Ostern andauerten. In Liechtenstein dagegen blieb es bei dem einen Schul-Lockdown von Mitte März bis Mitte Mai 2020. Familienbund-Geschäftsführerin Lucia Gaschick hat mit Arnold Kind, dem Leiter des liechtensteinischen Schulamtes und Mitglied des Krisenstabs der Regierung, über den liechtensteinischen Weg gesprochen.

**Herr Kind, wie konnte es in Liechtenstein (wie auch in der Schweiz) funktionieren, dass die Schulen im zweiten Lockdown im Winter 2020/21 offengeblieben sind?**

Wichtig ist hier der Blick auf das Gesamtsystem. Da müssen wir zunächst sehen, dass wir schon viele Corona-Fälle hatten, weil der Lockdown hierzulande nicht so hart wie in anderen Ländern war. Aber wir hatten auch nie einen Engpass im Gesundheitssystem. Und: Es gab zwar viele Fälle, aber nicht in den Schulen. Das hat uns bestärkt in unserer Priorität, Schulen so lang wie möglich offen zu halten.

**Stichwort Priorität: Welche Argumente und Beweggründe hatten Sie in Liechtenstein, die diese Prioritätensetzung gestützt haben?**

Nach dem Lockdown im Frühling 2020 war schnell klar, dass die Schul- und Kitaschließungen eine Notfallmaßnahme waren. Es wusste ja noch niemand, wie sich das Virus genau auswirkt oder wie die Ansteckungswege sind. Und obwohl wir alle Lehrpersonen von Anfang an dazu angehalten hatten, persönlichen Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern zu suchen, waren die Eltern, Kinder und Jugendlichen stark belastet durch diese Situation. Hinzukommt, dass die Eltern einfach auch als Arbeitskräfte fehlten – wobei das für uns im Schulamt nicht an erster Stelle stand. Aber all diese negativen Erfahrungen und Erkenntnisse



Foto: Schulamt Liechtenstein

Im Interview mit dem Familienbund:  
**Arnold Kind**, Leiter des liechtensteinischen Schulamtes und Mitglied des Krisenstabs der liechtensteinischen Regierung

aus dem ersten Lockdown zusammen genommen haben zu unserer Grundhaltung geführt, die heißt: Schulen offen, so lange es irgendwie geht.

**Welche konkreten Maßnahmen haben Sie denn in Liechtenstein ergriffen, um diese Grundhaltung so effektiv in die Tat umsetzen zu können?**

Das Wichtigste war das Schutzkonzept, das wir während des ersten Lockdowns erarbeitet und seitdem sukzessive weiterentwickelt haben. Es wurde für jede Schule individuell angepasst. Hilfreich waren dabei unsere guten Kommunikationsstrukturen mit den Lehrpersonen und den Schulleitungen. Wir hatten außerdem ein gutes Platzkonzept, so dass nur teilweise Wechselunterricht nötig war. Den Lehrenden haben wir größere Freiheiten eingeräumt in der Anpassung der Lektionentafeln. Ab dem neuen Schuljahr 2020/21 gab es dann in der Sekundarstufe auch eine Maskenpflicht.

**Es scheint, als hätte dieses Schutzkonzept eine durchschlagende Wirkung entfaltet.**

Auf jeden Fall konnten auf diese Weise die Ansteckungszahlen in den Schulen durchgehend niedrig gehalten werden. So gab es keinerlei Anlass, zu Wechsel- oder Hybridunterricht überzugehen, obwohl wir solche Szenarien für den Notfall in der Schublade liegen hatten. Konsequente

Kontaktverfolgung und schnelle Testungen ermöglichten uns ein effizientes Ausbruchmanagement, so dass über den ganzen Winter hinweg höchstens vier bis fünf Schulklassen zeitweise geschlossen werden mussten.

prozess der verschiedenen Maßnahmen hatten unsere Stimmen Gewicht. Die Kleinheit unseres Landes kam uns sicher auch zugute. Wir haben gut funktionierende Kommunikationsstrukturen und waren so immer nah dran.



Das Hohe Haus in Vaduz:  
Sitz des Landtags des Fürstentums Liechtenstein

**Wie hat die Bevölkerung, haben Eltern diese Vorgehensweise wahrgenommen? Gab es Bedenken, Ängste oder Widerstand?**

Natürlich gab es auch Bedenken, Eltern machten sich anfänglich auch Sorgen. Da ist gute Kommunikation und Aufklärung wichtig. Entscheidend war für uns, die Eltern zu entlasten und den Kindern und Jugendlichen eine gute Struktur und Sozialraum zu geben.

**Aus deutscher Sicht könnte ich nun sagen: Wir haben doch auch ausgeklügelte Hygienekonzepte an den Schulen, es gibt Kohortentrennung, flächendeckende Tests, geimpftes Lehrpersonal, ebenfalls nur eine geringe Ansteckungsrate unter Kindern und Jugendlichen – und doch wurde in Deutschland anders entschieden, so dass manche Kinder und Jugendlichen über vier Monate keine Schule von innen gesehen haben – mit allen Folgen. Was können wir von Liechtenstein lernen?**

Wie Entscheidungen getroffen werden, hängt natürlich von vielen Dingen ab. Von den beteiligten Personen, dem Wissensstand, verschiedenen Interessen, den Strukturen vor Ort...

Hilfreich für das Thema Familien, Schule und Bildung war sicher, dass wir im Krisenstab der Regierung mit diesem Thema personell sehr gut vertreten waren neben den Mitgliedern aus dem Gesundheitsbereich. Im Aushandlungs-

Letztlich ausschlaggebend ist aber der politische Wille, die Schulen trotz Pandemie offenzuhalten. Dann fließen auch die entsprechenden finanziellen Mittel.

**Können Sie hierfür ein Beispiel nennen?**

Nehmen wir die Schülerbeförderung. Es war klar, dass wir mehr Schulbusse brauchen. Und dass sie zeitlich versetzt fahren müssen. Dafür war Geld da. Oder auch für die digitale Ausstattung von Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern. Wir konnten auch eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die psychische Gesundheit an Schulen untersucht, etwa wie groß und welcher Art die Belastungen dort sind. Das sind alles Bausteine für ein tragfähiges Konzept zur Offenhaltung der Schulen.

**Eine letzte Frage: Welchen Stellenwert hatten wissenschaftliche Studien und Erkenntnisse über die Situation und die Rolle von Kindern im Pandemiegeschehen bei der Entscheidungsfindung?**

Wir haben wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt, aber leider ist die wissenschaftliche Sicht nicht immer so eindeutig, wie man das gerne hätte. Letztlich ist es immer ein Aushandeln, ein Tauziehen, ein gemeinsames Abwägen verschiedener Argumente und die Suche nach einem guten Kompromiss. Wir sind froh, dass wir das zum Wohl der Kinder, Jugendlichen und Familien bis jetzt ganz gut hinbekommen haben und bleiben weiter dran.

**Herr Kind, vielen Dank für das interessante Gespräch.**

„Ausschlaggebend ist der politische Wille“



# 26 Arten einen Schneemann zu basteln



**Beate Gröne**  
Familienpolitische Referentin,  
Familienbund Diözese  
Rottenburg-Stuttgart

Schlaglichter aus einem Gespräch mit Johanna G., sie lebt mit ihrem Mann und zwei Kindern (Kita und Grundschule) in Den Bosch, Niederlande. Beide Eltern sind zu je 80 % berufstätig. Sie mussten Schulschließungen und Homeoffice unter einen Hut bringen.

## UNTERSCHIEDE IN DEN CORONA-MASSNAHMEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DEN NIEDERLANDEN

Abstand halten und Kontakte vermeiden waren zu Beginn die wichtigsten Regeln. Die Gefahr sich durch Aerosole anzustecken, wurde zunächst als gering eingeschätzt. Die Empfehlung eine Maske zu tragen wurde im September 2020 ausgesprochen, eine Maskenpflicht gab es erst seit Dezember 2020. Viele Maßnahmen zielten darauf ab, Kontakte zu reduzieren, Homeoffice wurde stark gefördert und gefordert.

Es gab auch in den Niederlanden zwei Schul-Lockdowns (März – Mai 2020 und Dezember 2020 – Februar 2021).

Es wurde klar ausgesprochen:

Wenn die Kinder daheim sind, müssen die Eltern Homeoffice machen, sie treffen auf dem

Weg zu Arbeit und am Arbeitsplatz nicht mit anderen zusammen, und

auch am Kindergarten und an der Schule werden Kontakte der Eltern untereinander beim Bringen und Abholen vermieden. Es gab schnell eine Notbetreuung für Eltern in systemrelevanten Berufen und auch für Kinder aus „sozial schwierigen“ Verhältnissen.

## ORGANISATION DES UNTERRICHTS

Die digitale Ausstattung ist gut, Schulen haben Tablets an Familien ohne Endgerät verliehen. Es gibt eigentlich überall ein gutes WLAN. Auch haben die Schulen darauf geachtet, dass Geschwisterkinder nicht zur gleichen Zeit Online-Unterricht hatten. Geschwisterkinder kamen so mit einem Laptop aus.

Als die Schulen dann wieder offen waren, haben viele Schulen den Unterrichtsbeginn gestaffelt, so dass die einzelnen Klassenstufen je 10 Minuten versetzt begonnen haben. Dadurch gab es keine größeren Ansammlungen vor Schulbeginn auf dem Schulhof. Das ist gut zu machen, da in den Niederlanden nur sehr wenige Schüler\*innen mit dem Schulbus kommen. Auch für Schüler\*innen gilt: Strecken bis 15 km fährt man mit dem Rad! Und wo die Schülerbeförderung dennoch schwierig blieb, waren Schulen und Kommunen frei, individuelle Lösungen vor Ort umzusetzen.

Die Versorgung mit Unterrichtsmaterial war gut organisiert. Es wurde auch von den Schulen akzeptiert, wenn die Aufgaben mal nicht erledigt wurden, weil das Familienleben „zu stressig“ war oder die Kinder zu viel digital erlebten. Kinderkirche, Kontakt zu Großeltern, mal einen Kinderfilm schauen, dann war die Stunde Online-Unterricht und Aufgaben am Laptop auch mal zu viel. Es gab für Grundschüler aber auch viele kreative Anregungen. Johanna G. hat mit ihrem Sohn auf 26 verschiedene Arten einen Schneemann gebastelt!

Die Niederlande sind bezogen auf Einwohnerzahl, Größe und Sozialgefüge gut mit Nordrhein-Westfalen zu vergleichen (knapp 18 Mio. Einwohner).

# Keinen dritten Schul-Lockdown im neuen Schuljahr!

Eineinhalb Jahre haben Kinder und Jugendliche zurückgesteckt: bei ihrem Recht auf Bildung, bei ihrem Recht auf soziales Miteinander und soziale Teilhabe – zum Teil mit gravierenden Folgen für ihre Entwicklung und ihre Zukunft. Sie haben sich solidarisch gezeigt mit der Erwachsenenwelt, die in der Pandemie durch ein höheres Infektions- und Erkrankungsrisiko gekennzeichnet war.

Jetzt ist es endlich an der Zeit, sich auch ihnen gegenüber solidarisch zu zeigen. Kinder und Jugendliche und ihre Familien haben die Grenze des Zumutbaren mehr als erreicht. Jetzt gilt es, sie in den Fokus zu stellen und die Priorität auf ihre Rechte und Bedürfnisse zu legen.

## DER FAMILIENBUND UND SEINE PARTNER\*INNEN FORDERN:

### Ein klares Bekenntnis der politisch Verantwortlichen, Schul- und Kitaschließungen im neuen Schuljahr zu vermeiden.

Schulen und Kitas haben nicht nur einen Bildungsauftrag. Sie sind für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Sozialraum, in dem sich wesentliche Schritte ihrer Entwicklung vollziehen. Für diesen Sozialraum ist Präsenzbetrieb unerlässlich.

### Ein klares Konzept und die nötigen finanziellen Mittel, um den Präsenzbetrieb in Bildungseinrichtungen durchgehend aufrechtzuerhalten – auch in pandemisch schwierigen Zeiten, unter Einhaltung geeigneter Schutzmaßnahmen.

Präsenzbetrieb umfasst dabei nicht nur den Unterricht, sondern auch außerschulische Angebote wie Exkursionen, Klassenfahrten, Landschulheime und andere. Für beide Bereiche braucht es Konzepte, die Planungssicherheit geben, etwa in Form von Stufenplänen. Dabei müssen Maßnahmen verhältnismäßig und situationsbezogen sein und dürfen sich nicht allein am Inzidenzwert orientieren.

### Größere Spielräume für Schulen und Kommunen, gute Lösungen für den Schulbetrieb subsidiär vor Ort umsetzen zu können.

Die Bildungseinrichtungen, ihre Träger und Kooperationspartner vor Ort kennen ihre Situation am besten. Sie brauchen weitgehende Entscheidungsfreiheit und ggf. zusätzliche Mittel, um kreative und innovative Wege zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs umsetzen zu können – sei es beim Raumkonzept, bei der Organisation von Veranstaltungen oder bei der Schülerbeförderung (Bereitstellung von genügend Bus- bzw. Transportkapazitäten).

### Gleichbehandlung von Bildungseinrichtungen und Arbeitswelt bzw. von Kindern und Jugendlichen und anderen Bevölkerungsgruppen.

Im Sinne der Gleichbehandlung ist in Zukunft darauf zu achten, dass Bildungseinrichtungen nicht strengeren Regeln unterliegen als Betriebe und andere Bereiche des Arbeitslebens oder des öffentlichen Lebens. Insbesondere dürfen sich Verordnungen des Kultusministeriums und die allgemeine Corona-Verordnung des Landes in ihren Regelungen nicht widersprechen.

## FOLGENDE STICHHALTIGEN GRÜNDE UNTERMAUERN UNSERE FORDERUNGEN:

**Schul- und Kitaschließungen haben signifikant negative Folgen** für die seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, für ihre soziale Entwicklung und ihre Bildungsbiographie.

(Vgl. UKE Hamburg (2021), Copsy-Studie; Nat. Akad. d. Wiss. Leopoldina (2021), Kinder und Jugendliche in der Coronavirus-Pandemie, 8. Ad-hoc-Stellungnahme vom 21.06.2021; Kath. Elternschaft Deutschlands (2020), KED-Studie „Lernen zu Hause“, Oktober 2020.)

**Entwicklungsschritte von Heranwachsenden** vollziehen sich in bestimmten Phasen und Zeitfenstern. Kindheit und Erwachsenwerden, Lernen und soziale Interaktion lassen sich nicht einfach auf die Zeit nach der Pandemie verschieben.

Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen gute und **verlässliche Strukturen und Zukunftsperspektiven.**

Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen verfügen schon seit Monaten über **hocheffiziente Test- und Schutzkonzepte**, die – insbesondere in der Arbeitswelt – ihresgleichen suchen.

**Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen von medizinischen Studien** spielen vollständig geöffnete Schulen im Infektionsgeschehen im Vergleich zu anderen Bereichen eine untergeordnete Rolle.

(Vgl. RKI (2021), Epidemiologisches Bulletin, Nr. 23 vom 10.06.2021, S. 11.)

**Der Familienbund und seine Partner\*innen stehen mit Nachdruck hinter diesen Forderungen. Kinder und Jugendliche brauchen jetzt das Einsteigen aller für ein gutes neues Schuljahr 2021/22, in dem sie sich in Freiheit begegnen, miteinander lernen und spielen können, ihre Persönlichkeit entfalten und sich weiterentwickeln können.**



## ERSTUNTERZEICHNENDE:

Familienbund  
Landesverband BW

Landesfamilienrat  
Baden-Württemberg

Berufsverband der  
Kinder- und  
Jugendärzte  
Landesverband BW

Paednet Südbaden

Fach- und Service-  
stelle Jugend und  
Schule, Freiburg

Initiative Familien

Elterninitiative  
„5 vor 12 for Kids  
and Teens“, Freiburg

Netzwerk Alleinerzie-  
henderarbeit BW

kfd – Diözesan-  
verband Freiburg

und weitere



# Virtuell, aber echt bei der Sache

DAS NETZWERKTREFFEN 2021 NIMMT DEN KOALITIONSVERTRAG UNTER DIE LUPE UND PRÄSENTIERT DEN NEUEN FAMILIENBUND-FLYER



**Michael Hagedorn**  
Sprecher des Leitungsteams  
Familienbund Freiburg

Nach einigen Überlegungen und einem Blick auf die unsichere Entwicklung der Inzidenzwerte hatte sich das Leitungsteam entschlossen, das diesjährige Netzwerktreffen am 11. Juni 2021 nochmals per Videokonferenz durchzuführen.

Wir haben in einem Worldcafé auf vergangene Aktionen zurückgeblickt, uns zum Thema Corona und Schule ausgetauscht, sowie den Rechnungsabschluss 2020 genehmigt. Schwerpunktthema diesmal war der neue Koalitionsvertrag, mit dem wir uns nach einem kurzen Impulsvortrag in Kleingruppen auseinandergesetzt haben (siehe hierzu den Artikel auf S. 8f).

Neben dem innovativen Austausch dann das **Highlight des Treffens durch die Präsentation des neuen Familienbund-Flyers**. Der Flyer wurde ganz neu aufgestellt und begeisterte vor allem in puncto farbenfrohes Design. Er wirkt lebendig, bringt Freude mit sich und macht neugierig. Weiterhin beeindruckt das praktische Landkartenformat, das sich zudem als Poster auffalten lässt.

Wir haben versucht, die wichtigsten Inhalte und Botschaften des Familienbunds kurz, verständlich und attraktiv zu präsentieren. Leser\*innen erfahren dabei vieles über die Leitidee des Verbands, die Ziele oder auch über vergangene Projekte. Der Flyer kann bei der Geschäftsstelle des Familienbundes angefordert werden. Er soll junge Familien und Interessierte erreichen und überall dort ausliegen und überreicht werden, wo sie zu treffen sind. Für Ihre/Eure Mithilfe sind wir dabei sehr dankbar.

Auch wurde das neue Leitungsteam gewählt. Neben den bisherigen Mitgliedern Eva Breisig, Michael Hagedorn, Judith Weber und Lucia Gaschick wurde Tobias Weidemann dazu gewählt. Inzwischen wurde Michael Hagedorn beim ersten Treffen des Leitungsteams wieder zum Sprecher gewählt.



Name: Tobias Weidemann

Wohnort: Bretten (Landkreis Karlsruhe)

**Meine Familie:** Meine Frau Birgit und unsere Söhne Simon (11) und Philipp (9)

**Ich bin/arbeite/mache gerne ...**  
Ich arbeite als Stadtkämmerer in Eppingen und mag meine Familie, Fußball und Fasenacht.

**Die größten familienpolitischen Baustellen sind für mich ...**  
die Berücksichtigung der Kinder in der Sozialversicherung, einheitliches (höheres) Kindergeld und mehr sozialer Wohnungsbau.

**Ich bin im Leitungsteam des Familienbunds, weil ...**  
ich dazu beitragen möchte, dass sich die Situation der Familien verbessert.



**Eva Breisig**  
Mitglied des Leitungsteams



**Judith Weber**  
Mitglied des Leitungsteams



**Dr. Lucia Gaschick**  
Geschäftsführerin

# Gute Ansätze – aber auch genug Geld?

DER NEUE KOALITIONSVERTRAG DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN LANDESREGIERUNG UNTER DER FAMILIENPOLITISCHEN LUPE



**Tobias Weidemann**  
Diplom-Verwaltungswirt (FH)  
und Betriebswirt (VWA),  
Mitglied des Leitungsteams

Dieser Artikel beschäftigt sich damit, welche familienrelevanten Gesichtspunkte im Koalitionsvertrag der neuen (alten) Landesregierung berücksichtigt wurden. Der Koalitionsvertrag umfasst 161 Seiten. Neben der Präambel gibt es 14 Themengebiete, die angesprochen werden. Alle Maßnahmen stehen dabei unter Finanzierungsvorbehalt, d.h. es ist nicht gesagt, dass auch für alles Geld zur Verfügung gestellt wird. Dieser Vorbehalt lässt sich sowohl in der Präambel des Koalitionsvertrages als auch vor jedem der 14 Themengebiete wiederfinden. Lediglich die Maßnahmen, die der Bekämpfung der Pandemie dienen, stehen nicht unter Haushaltsvorbehalt.

In bestimmten Teilen enthält der Koalitionsvertrag außerdem Maßnahmen, die zusätzliche Kosten verursachen, ohne dass dann im Vertrag festgelegt wird, ob diese vom Land oder von Dritten (z. B. von den Kommunen im Land) bezahlt werden sollen. An anderen Stellen wird von der Landesregierung gefordert, dass der Bund bestimmte Maßnahmen bezahlen soll. So wird beispielsweise eine bessere Finanzierung im Schulbereich von Seiten des Bundes erhofft, sowie eine weiterhin bestehende Zahlung von 140 Mio. Euro für die Leitungszeit an Kitas auch nach dem kommenden Jahr.

Familie als Querschnittsthema kommt an zahlreichen Stellen vor. Im Folgenden wird eine Auswahl der wichtigsten familienrelevanten Maßnahmen aus den Bereichen Schule, Frühkindliche Bildung, Familienpolitik und Demokratie überblicksartig vorgestellt.<sup>1</sup>

Im **Bereich Schule** fällt die Ausstattung von Lehrer\*innen und Schulen mit digitalen Endgeräten auf. Dass Politik den Fokus auf die Digitalisierung legt, ist zu begrüßen. Allerdings ist hierbei noch nicht festgelegt, wer zur Bezahlung herangezogen wird. Ebenso positiv zu bewerten ist die zukünftige Unterstützung der Lehrkräfte: Im Koalitionsvertrag zeigt sich Verständnis für die Corona-bedingten Lerndefizite, die es nun durch Einsatz von pensionierten Lehrkräften, Studierenden und Lehrer\*innen aufzuholen gilt. Innerhalb des Familienbund-Netzwerktreffens wurde diesbezüglich der Wunsch geäußert, zusätzlich auch die Eltern, die Homeschooling begleitet haben, hinzuzuziehen.

Enttäuschend ist das Beharren der Regierung auf der Regelreform des achtjährigen Gymnasiums. Um individueller auf die Bedürfnisse von Schüler\*innen und Familien eingehen zu können, ist die Wahlfreiheit der Eltern in Bezug auf G8 oder G9 zielführender. Gerade auch in Corona-Zeiten sollte hier ein Zeichen der Flexibilität gesetzt werden.

Auch der **Bereich der frühkindlichen Bildung** bringt Neuerungen mit sich. So ist der Einstieg in die verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans eine solche Neuerung, auch die Öffnungszeiten der Einrichtungen sollen bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Des Weiteren soll Sport in Kitas und Grundschulen auf Grundlage der Bildungspläne ausgebaut werden. Generell gilt es jedoch zunächst einmal den Ausbau von Kita-Plätzen zu fördern.

Ein weiteres Themengebiet, das im Koalitionsvertrag auftaucht, ist das **Themengebiet Demokratie**. Darin festgehalten sind sowohl die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre als auch die Absenkung bei Kommunalwahlen in Bezug auf das passive Wahlalter. Außerdem soll es zu einer Abschaffung des Mindestalters bei Bürgermeisterwahlen kommen. Bisher konnten Personen ab dem 25. Lebensjahr abstimmen. Nun soll künftig die Möglichkeit bestehen, sich bereits ab 18 Jahren zu beteiligen. Alle diese Maßnahmen stärken die zahlenmäßig immer kleiner werdende jüngere Generation und damit zugleich die Demokratie.

Der **Bereich Familie** wurde nicht als eigenes Themengebiet festgehalten. Im Themengebiet 06 Gesundheit und Soziales lassen sich im Unterpunkt „Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“ dennoch einige Aspekte finden, die Familien in den Blick nehmen. Die wichtigste Ankündigung ist die Schaffung einer Familienförderstrategie, „die Teilhabe und Chancengleichheit für Familien, Kinder und Jugendliche sichert“ (S. 77 KoA). Damit wird eine Forderung aufgegriffen, die der Landesfamilienrat schon seit längerem an die Regierung herangetragen hat. Dabei geht es darum, Familien in ihrer ganzen Vielfalt zu stärken und auf koordinierte Weise zu unterstützen, insbesondere durch Familienbildung und Quartiersarbeit. Als wichtige Maßnahme wird in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren genannt.

Weitere Ansatzpunkte finden sich in der Kinder- und Jugendarbeit: Um Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gezielt zu unterstützen, soll die Ausbildungsvorbereitung auf alle Stadt- und Landkreise ausgeweitet werden. Außerdem soll es ein Kompetenzzentrum „Kinderschutz und Kinderrechte“ sowie eine Ombudschaft in der Jugendhilfe geben.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass der Koalitionsvertrag einige gute inhaltliche Ansätze enthält – jedenfalls auf dem Papier. Aufgabe des Familienbunds und des Landesfamilienrats wird es sein, die Umsetzung der versprochenen Maßnahmen in die Realität zu überwachen und gegebenenfalls einzufordern. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Finanzierungsvorbehalts sicher kein leichtes Unterfangen.

<sup>1</sup> Eine Liste aller familienrelevanten Gesichtspunkte kann bei Interesse bei der Geschäftsstelle angefragt werden.

## JETZT FÜR MORGEN

DER ERNEUERUNGSVERTRAG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

01

DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN IM BLICK:  
FÜR NACHHALTIGE FINANZEN  
UND EINE MODERNE VERWALTUNG

02

ERHALTEN, WAS UNS ERHÄLT:  
FÜR EIN KLIMANEUTRALES  
BADEN-WÜRTTEMBERG

03

MUTIG DEN WANDEL GESTALTEN:  
FÜR EINE WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT

04

NEUES WAGEN: FÜR EINE  
STARKE WISSENSCHAFT, INNOVATIVE  
FORSCHUNG UND KREATIVE FREIRÄUME

05

LERNEN MIT PERSPEKTIVE:  
FÜR DIE BESTE BILDUNG FÜR ALLE

06

NAH AM MENSCHEN:  
FÜR EIN GESUNDES UND  
SELBSTBESTIMMTES LEBEN

07

GEMEINSAM VIELFALT LEBEN:  
FÜR ECHTEN ZUSAMMENHALT

08

SICHER UND FREI LEBEN:  
FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

09

UNSERE LIEBENSWERTE HEIMAT:  
FÜR STARKE LÄNDLICHE RÄUME

10

DAS LAND BEWEGEN:  
FÜR DIE MOBILITÄT VON MORGEN

11

BAUEN NEU DENKEN:  
FÜR BEZAHLBAREN  
UND ÖKOLOGISCHEN WOHNRAUM

12

GRENZEN ÜBERWINDEN:  
FÜR EIN EUROPÄISCHES MITEINANDER

13

FÜR EINEN LEBENDIGEN  
FÖDERALISMUS

14

ZUSAMMENARBEIT  
IN DER KOALITION



Rechts die 14 Headlines der Themenschwerpunkte aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag

# Generationen Gemeinsam

## EINSICHTEN AUS EINER ÖKUMENISCHEN VERANSTALTUNG AM 30. APRIL 2021



**Johannes Braun**  
Bildungsreferent für  
intergenerationelle Arbeit

Mit der Ev. Erwachsenenbildung in Baden und Freiburg (EEW), der KJG, dem Familienbund, dem Männerwerk, dem Referat Inklusion-Generationen und der Ev. Gemeindejugend (EGJ in Baden) fand Ende April die digitale Veranstaltung „Generationen Gemeinsam“ mit 60 Teilnehmenden statt. Themen waren Generationenvertrag und -gerechtigkeit, Glaubensweitergabe, Jugendliche und Ältere in der Kirchengemeinde, Alters- und Generationenbilder sowie Digitalisierung.

Nach der Begrüßung durch Annegret Trübenbach-Klie (EEW) und Johannes Braun (Ref. Inklusion-Generationen) stellten zunächst Cornelia Kricheldorf (em. Professorin für Soziale Gerontologie, KH Freiburg) und Alexandra Langmeyer (Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ beim Deutschen Jugendinstitut München) Thesen zum Beitrag der Generationen zum gesellschaftlichen Miteinander vor.

Dabei wurde zum einen deutlich, dass im privaten Bereich häufig ein gutes familiäres Verhältnis zwischen Großeltern- und Enkelkindergenerationen besteht, wenn dieses durch die Elterngenerationen angeregt bzw. zugelassen und unterstützt wird. Zum anderen konnte festgestellt werden, dass die Lebensqualität älterer Menschen

durch Kontakt zu jüngeren Generationen steigt – sie erleben dadurch Sinnhaftigkeit. Darüber hinaus gibt es abseits vom Rentensystem Unterstützungsleistungen zwischen verschiedenen (familiären) Generationen sowohl was Zeit und Einsatz als auch was monetär-materielle Ressourcen angeht.

Mit diesen drei Schlaglichtern auf die weitaus vielschichtigeren Impulsvorträge sind hier zwei Pole des generationsübergreifenden Feldes benannt: Der Einsatz für politisch und gesetzlich festgelegte Generationengerechtigkeit auf der gesellschaftlichen Ebene und der Einsatz für die Verbesserung der Kommunikations-/ Interaktionsqualität zwischen Individuen und Gruppierungen, die unterschiedliche Lebensalter besitzen.

„Da sich heute mehr Generationen aktiv in die Gesellschaft einbringen als noch vor 50 Jahren“, so das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert-Bosch-Stiftung, „gilt es im täglichen Zusammenleben, die Bedürfnisse und Prioritäten aller Altersgruppen zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch unterschiedliche Werte, Lebensgewohnheiten und Einstellungen, die [verschiedene Generationen] vertreten.“<sup>1</sup>

Wenn wir erreichen können, dass Menschen verschiedener Generationen sich mit Respekt begegnen, Interesse aneinander haben und sich aufeinander einstellen, dann gibt es hoffentlich auch eine gute Grundlage dafür, sich gemeinsam für Generationengerechtigkeit einzusetzen.

Im Workshop des Familienbunds ging es um den „Generationenvertrag“. Dazu wurde ein Ausschnitt aus der ZDF-Kultur-Sendung *16 Fragen: Generationenkonflikt: Gen Y gegen Boomer – Wer entscheidet über unsere Zukunft?*<sup>2</sup> gezeigt, in dem jeweils drei Personen aus jeder im Titel genannten Alterskohorte zu Wort kamen. Auf der Basis verschiedener Fragestellungen diskutierten diese durchaus kontrovers! Je nach Zustimmung oder Ablehnung einer mit den Fragen verbundenen These rückten die Mitspieler\*innen auf einem Spielfeld aufeinander zu oder voneinander weg. Durch Argumente konnten andere Mitspieler\*innen überzeugt werden und sowohl mehr räumliche als auch mehr soziale Nähe hergestellt werden. Dieses Setting wurde – digital zwar etwas erschwert – im Workshop nachgestellt.

Ein Fazit der Teilnehmenden des Workshops lautete: Wir wollen nicht so kontrovers diskutieren; wir wollen uns nicht zu als extrem wahrgenommenen Thesen verhalten, sondern miteinander auf Augenhöhe sein; wir – als größtenteils mittleren und älteren Generationen zugehörige Teilnehmende – nehmen zwar wahr, dass es Kommunikationshürden und Verbesserungsbedarfe beim Rentensystem gibt, empfinden aber keine Frontstellung gegen jüngere Generationen.

Vielleicht, dieser Gedanke kam uns in der Nachbesprechung, sind die kirchlich und christlich geprägten Teilnehmenden unseres Nachmittags „Generationen Gemeinsam“ mehr auf Harmonie und Kontaktpflege aus als der Querschnitt der Gesellschaft. Vielleicht, so dachten wir, braucht es zum Thema Generationenvertrag schlicht mehr Information – und Frontstellungen würden sich stärker auftun. Oder: Wir hätten eine gute Grundlage, um mit allen Generationen nach Gerechtigkeit zu streben – worauf warten wir dann noch?

**mehr Kontakt**  
**mehr Austausch**  
**mehr Verständnis**

<sup>1</sup> Robert-Bosch-Stiftung, Vielfaltsbarometer 2019, 26.

<sup>2</sup> Verfügbar auf dem Youtube-Kanal ZDF heute Nachrichten; online: [https://www.youtube.com/watch?v=1NEs\\_guDyoU](https://www.youtube.com/watch?v=1NEs_guDyoU) [Abruf: 23.06.2021, 13h14].

